

## Medienmitteilung

8. November 2011

### 21. internat. Europa Forum Luzern – erfolgreich beendet

#### **Wie umgehen mit der Schuldenkrise?**

**Über die Ursachen der globalen Finanz- und Schuldenkrise waren sich die meisten Referenten einig. Gefordert wurden denn auch mehrfach Systemveränderungen der betroffenen Staaten sowie den strikten Abbau der Schulden.**

Nach den Gipfeln der Euro-Gruppe und der G20-Runde bot das 21. internationale Europa Forum Luzern die letzten zwei Tage den rund 1'300 Besucherinnen und Besuchern Hintergrundinformationen und Expertenwissen aus erster Hand. Ein verhalten positives Bild der Finanz- und Wirtschaftsaussichten zeichnete Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Er meinte zwar, dass die Schuldenkrise uns noch einige Jahre begleiten werde. Aber es gebe absolut keinen Anlass für Spekulationen: „Die Stabilität des Euro und schon gar nicht die Existenz des Euro und der Wirtschafts- und Währungsunion sind gefährdet. Die Politiker der EU haben aber noch einen sehr langen Weg vor sich, um in der EU Prosperität, Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten“. Und er stellte klar: „Es gibt keine europäische Währungsunion unter Aufrechterhaltung einer hundertprozentigen nationalen Souveränität“. Um in Zukunft ähnliche Krisen zu vermeiden, forderte er die Einhaltung der Defizitgrenze von drei Prozent. Die Budgetverfehlungen müssten der Vergangenheit angehören, alle Staaten müssten Schuldenbremsen in ihren Verfassungen einbauen, automatische Sanktionen der EU bei Verfehlungen seien notwendig, ein europäisches Budgetbüro müsse die Haushaltsplanung und Umsetzung überwachen und Länder, für die eine Unterstützung unumgänglich sei, müssten im Extremfall unter Zwangsverwaltung gestellt werden.

Thomas J. Jordan, Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank bekräftigte, dass Staatsfinanzen, die aus dem Ruder laufen, nicht nur die Regierungen, sondern auch die Zentralbanken beschäftigen. Er nannte eine Reihe von negativen Effekten unsolider Staatsfinanzen: „Wenn die Verschuldung ein gewisses Mass (über 90% des Bruttoinlandprodukts BIP) überschritten hat, wird das Wirtschaftswachstum kleiner. Wenn

der Verschuldungsgrad zu hoch ist, haben die Staaten keinen Spielraum mehr, um fiskalpolitisch handlungsfähig zu sein. Und ebenfalls problematisch sei, wenn zunehmender politischer Druck auf Nationalbanken erfolge, damit sie zur Finanzierung der Staaten beitragen“. Er erachte es als unabdingbar, dass die Nationalbank formell unabhängig ist, aber dazu brauche es auch eine vernünftige Fiskalpolitik. Obwohl in der Schweiz die Situation vorteilhaft ist, sei die Geldpolitik aufgrund der Verschuldungssituation im Ausland gefährdet. Deshalb habe die Schweizerische Nationalbank auch gehandelt.

### **Irland am Aufrappeln**

In Irland wurden der Immobilien- und Konsum-Boom massiv mit Krediten angekurbelt, berichtete der Irland-Korrespondent Martin Alioth. Alles eilte, alles machte Gewinn. Eine Ferienwohnung in der Algarve, ein grösseres Auto als die Nachbarn und Delikatessen wie Parma-Schinken erhältlich in der Provinz, waren Anzeichen des Booms. Man dachte, es würde immer so weiter gehen – und dann stürzte der keltische Tiger ab. Da sich der Staatshaushalt alleine auf Immobilien-Transaktionsgebühren stützte, geriet die Finanzwelt mit dem Platzen der Immobilien-Blase vollends aus dem Lot. Seitdem haben die irländischen Steuerzahler insgesamt rund 63 Mia. Euro an die Banken bezahlt. Die Bank-Aktionäre haben auf 60 Mia. Euro verzichtet und die Nachbarn und Gläubiger 50 Mia. Euro bezahlt. Ein Lichtblick sei die gute Exportquote Irlands und auch der Staatssektor sei nicht aufgebläht. Der kollektive Schock sitze aber tief. Viele junge Familien hätten sich massiv verschuldet, nicht wenige hätten sich zur Auswanderung entschlossen. An manchen Orten gleiche Irland einer Geisterstadt mit leeren Wohnkomplexen und riesigen unbenutzten Einkaufszentren. Etwas optimistisch stimmt Alioth das gewonnene Selbstvertrauen der Iren. Dies zeige sich im dem derzeit entspannten Umgang mit dem englischen Königshaus und der aufkommenden Kritik an der katholischen Kirche.

### **Griechenland im freien Fall**

Ein weniger optimistisches Bild zeichnete der langjährige Griechenland-Korrespondent Werner Van Gent vom Zustand Griechenlands. Seit 1974 werde der Staat mehr und mehr aufgebläht. Stellen werden nicht nach Fähigkeiten

sondern nach dem Verwandtschaftsgrad vergeben. Düster sehe es auch in der Steuerabteilung eines typischen Bezirks aus. Von 50 Angestellten erachte der Steuerleiter 20 als völlig nutzlos. Zwei Mitarbeiter sehe er alle 14 Tage einmal, den Rest der Zeit seien sie für die Gewerkschaft unterwegs. Mit lediglich zwei Steuereintreibern könne er in einem wohlhabenden Bezirk nicht viele Steuern generieren. Seine Bitte um mehr Steuerkontrolleure werde aber seit Jahren konsequent ignoriert. Über die Kürzungen und die Forderungen der EU seien die Leute auf der Strasse verbittert. Dennoch finde die Diskussion über die Ursachen noch kaum statt. Als aktuellen Hoffnungsschimmer deutete er die heutige Bekanntgabe der Übergangsregierung mit Lucas Papademos und die Verschiebung der Neuwahlen auf Juni 2012.

### **Wo steht die Schweiz?**

William White vom Economic and Development Review Committee der OECD bekräftigte, dass es Wege aus der Schuldenkrise gebe, aber es sei nicht einfach, diese zu verfolgen. Politiker und die Finanzwirtschaft müssten von der Notwendigkeit eines Wechsels überzeugt sein und sich dazu auch verpflichten. Patrick Raaflaub, Direktor der FINMA, fand, dass die bisher vorgenommenen Regulierungen auf dem Finanzplatz Schweiz zum Beispiel mit dem Regelwerk „Basel III“ noch nicht genügen. Sehe man sich die Regelung von Grossbritannien, an die sehr viel weiter gehe, erkenne man die Lücken, die es betroffenen Banken im Krisenfall ermögliche, das Investmentbanking abzutrennen. Auch beim Kleinanleger-Schutz sehe er noch grosses Verbesserungspotential, damit die Schweiz nicht zum Offshore-Finanzplatz mitten in Europa werde. Und er rief angesichts der Umwälzungen und des zerstörten Vertrauens in die Finanzwelt zu neuer Bescheidenheit auf. Es brauche wieder Vertrauen, Transparenz und Ehrlichkeit.

Zum Abschluss der Tagung diskutierten die Unternehmer Urs Berger, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes, Walter Grüebler, Verwaltungsratspräsident der Sika Gruppe, mit Martin Hess, Chefökonom der Schweizerischen Bankiervereinigung und den Professoren Maurice Pedernagna von der Hochschule Luzern und Christoph A. Schaltegger von der Universität Luzern mit Fritz Zurbrügg von der Eidgenössischen Finanzverwaltung über die Aussichten der Schweiz nach der Krise. Trotz der sich abzeichnenden Schwierigkeiten der Export-

industrie zeigten sie sich verhalten optimistisch. Weniger schwierig sei es für internationale Konzerne wie Sika oder Nestlé, meinte Gruebler, aber die KMU, die mit ihren vielen Arbeitsplätzen das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft seien, würden unter dem starken Franken leiden. Er begrüßte denn auch das vom Parlament verabschiedete Hilfspaket zur Stützung der Wirtschaft. Besonders wichtig sei, dass die Banken genügend Geldmittel zur Verfügung hätten, um die KMU mit Krediten entsprechend zu unterstützen. Professor Schaltegger meinte, dass bezogen auf die Kaufkraftparität der Euro-Kurs eigentlich über Fr. 1.30 liegen müsste. Professor Pedernagna vertrat die Meinung, dass Schweizer Firmen, und dazu zählte er explizit auch den Tourismus, genügend fit sein müssten, um auch einen tieferen Euro-Kurs zu verkraften. Mit dem Hinweis auf das 22. internationale Europa Forum Luzern vom 23./24. April 2012 in Luzern zum Thema „Streitpunkt Zuwanderung“ schloss die hochkarätig besetzte Tagung in Luzern.

\* \* \*

**Texte und Bilder** der Tagung sind laufend auf der Website unter folgendem Link abrufbar:  
<http://www.europa-forum-luzern.ch/aktuell> (Quellenangabe erbeten)

**Podcasts:** [www.europa-forum-luzern.ch](http://www.europa-forum-luzern.ch)

Weitere Infos an Medienschaffende erteilt gerne: Beatrice Suter,  
Tel. +41 (0)79 211 10 44 / [b.suter@kommunikationswerkstatt.ch](mailto:b.suter@kommunikationswerkstatt.ch)